Bekanntmachungen der Departemente und der Ämter

Sammelfrist bis 5. August 2003

Eidgenössische Volksinitiative «Krankenkassenprämien in den Griff bekommen»

Vorprüfung

Die Schweizerische Bundeskanzlei,

nach Prüfung der am 3. Dezember 2001 eingereichten Unterschriftenliste zu einer eidgenössischen Volksinitiative «Krankenkassenprämien in den Griff bekommen», gestützt auf die Artikel 68 und 69 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976¹ über die politischen Rechte,

gestützt auf Artikel 23 der Verordnung vom 24. Mai 1978² über die politischen Rechte,

verfügt:

1. Die am 3. Dezember 2001 eingereichte Unterschriftenliste zu einer eidgenössischen Volksinitiative «Krankenkassenprämien in den Griff bekommen» entspricht den gesetzlichen Formen: Sie enthält eine Rubrik für Kanton und politische Gemeinde, in der die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stimmberechtigt sind, sowie für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Bundesblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer bei der Unterschriftensammlung für eine eidgenössische Volksinitiative besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB³) oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht (Art. 282 StGB), sowie Namen und Adressen von mindestens sieben und höchstens 27 Urheberinnen und Urhebern der Initiative. Die Gültigkeit der Initiative wird erst nach ihrem Zustandekommen durch die Bundesversammlung geprüft.

¹ SR 161.1

² SR 161.11

³ SR 311.0

2. Folgende Urheberinnen und Urheber sind ermächtigt, die Volksinitiative vorbehaltlos mit absoluter Mehrheit zurückzuziehen:

Nr.	Name	Vorname	Strasse	Nr.	PLZ	Wohnort
1	Calpini	Christa	Cremières		1071	Chexbres
2	Cassegrain	Philippe	Ch. des Hauts	1b	1299	Crans-près-Céligny
3	Decoppet	Jean-Paul	Rue de Lausanne	28 ^{bis}	1201	Genève
4	Duc	Jean-Louis	La Corbaz		1837	Château d'Oex
5	Favre	Daniel	Ch. de la Pépinière	10	1213	Petit-Lancy
6	Helffer	Michel	Grand'Rue	25	1315	La Sarraz
7	Leger	Laurent	Ch. des Praz Longs	36	1907	Saxon
8	Losdyck-Babel	Anne-Claire	Rte de la Capite	154	1223	Cologney
9	Mzamo	Christiane	Hirtenhofstrasse	40	6005	Luzern
10	Notter	Hans	Langensandstrasse	76	6005	Luzern
11	Poggia	Mauro	Rue de Beaumont	11	1206	Genève
12	Popescu	Reynalde	Rte de Courtille		1981	Vex
13	Rey	Eliane	Signal	30	1018	Lausanne
14	Sarraf	Nagib	Ch. des Osches	45	1009	Pully
15	Schwab	Jean-Jacques	Ch. des Toises	3	1095	Lutry
16	Sichitiu	Serban	Av. Villardin	22	1009	Pully
17	Steinhäuslin	Charles	Boveresses	18	1010	Lausanne
18	Tence	Tatiana	Ch. des Coquelicots	15	1214	Vernier
19	Vaudroz	René	Primerose		1854	Leysin

3. Der Titel der eidgenössischen Volksinitiative «Krankenkassenprämien in den Griff bekommen» entspricht den gesetzlichen Erfordernissen von Artikel 69 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte.
4. Mitteilung an das Initiativkomitee: R.A.S.: Rassemblement des assurés et des soignants, Postfach 1280, 1001 Lausanne, und Veröffentlichung im Bundesblatt vom 5. Februar 2002.

22. Januar 2002

Schweizerische Bundeskanzlei

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

Eidgenössische Volksinitiative «Krankenkassenprämien in den Griff bekommen»

Die Volksinitiative lautet:

I

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 117 Abs. 3 (neu)

³ Die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung werden auf transparente Art und Weise berechnet. Dazu legt das Gesetz namentlich Folgendes fest:

- a. Es wird anstelle der gemeinsamen Einrichtung eine unabhängige Einrichtung, der Ausgleichsfonds für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Fonds), geschaffen. Der Bundesrat ernennt als Mitglieder des Fonds Personen, die von den Versicherern und den Pflegeleistungserbringern unabhängig sind, und er erlässt die notwendigen Vorschriften über die Verwaltung des Fonds. Der Fonds ist zuständig für den Ausgleich, der für ein reibungsloses Funktionieren der Krankenpflegeversicherung erforderlich ist. Er garantiert die Zahlungsfähigkeit der Versicherer und verwaltet die Vermögenswerte entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.
- b. Der Fonds ist der Aufsicht des Bundesrates unterstellt; dieser bestellt auf Vorschlag von Vertreterinnen und Vertretern der Versicherten, der Gesundheitsfachleute und der Versicherer eine Aufsichtskommission aus von den Versicherern unabhängigen Fachleuten; die Kommission besteht aus fünf Mitgliedern und fünf Ersatzmitgliedern. Zudem gehören ihr zwei Vertreterinnen oder Vertreter des Bundes an. Die Kommission beaufsichtigt die Tätigkeit des Fonds und legt auf der Grundlage der Vorschläge der Versicherer die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung fest. Sie erlässt Weisungen, in denen sie die Fristen festlegt, innerhalb welcher die Versicherten und die Gesundheitsfachleute ihre Forderungen geltend machen und ihre Rechnungen ausstellen müssen.
- c. Die Versicherer führen ihre Rechnung nach dem Grundsatz der Transparenz. Die Aufsichtskommission achtet darauf, dass die Versicherer über so viele liquide Mittel verfügen, dass sie ihren Betrieb führen und sowohl die effektiven Pflegekosten als auch die Kostenschwankungen decken können. Jede andere Art, Reserven anzulegen oder zu horten, ist untersagt. Die Versicherer trennen in ihrer Bilanz, in ihrer Betriebsrechnung und bei der Anlage ihrer Vermögenswerte deutlich zwischen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und den anderen Krankenversicherungsbereichen. Sie müssen ihre Jahresrechnung spätestens bis zum 31. März abgeschlossen haben.

- d. Die Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung werden festgelegt nach den effektiven Pflegekosten im vergangenen Kalenderjahr, nach den Betriebskosten, nach den Ausgleichsströmen sowie entsprechend einer bestimmten Kostenbandbreite.
- e. Für den Ausgleich wird nicht nur die Anzahl der Frauen und der Betagten, sondern namentlich auch die Anzahl der besonders teuren Fälle berücksichtigt.
- f. Die Aktiven, die die Versicherer und die ehemalige gemeinsame Einrichtung bis zur Schaffung des Fonds angehäuft haben, werden auf diesen übertragen.